Am 26. September stimmt die Schweiz über die 99-Prozent-Initiative ab. Sie verlangt, dass Kapitaleinkommen anderthalbfach besteuert werden. Die Gegner sehen darin puren Klassenkampf. Die wichtigsten Fragen und Antworten erklären, worum es genau geht. Von Nina Fargahi

# Wer mehr Steuern bezahlen soll

rbeit und Kapital sind die Bausteine, aus denen das Volksein-kommen generiert und damit der Wohlstand eines jeden Landes erschaffen wird. Ebenso sind sie spätestens seit Karl Marx die Antipoden im Klassen-kampf: auf der einen Seite die Arbeiterschaft, auf der anderen Seite die Eigentümer von Fabriken und Maschinen. Um ein Kapitel reicher wird die Geschichte in den Wochen bis zum 26. September. Dann stimmt die Schweiz über die 99-Prozent-Ini-

#### Worum geht es bei der 99-Prozent-Initiative?

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern (99-Prozent-Initia tive)» zielt auf die Vermögensungleichheit in der Schweiz. Die Vorlage kritisiert, dass das reichste Prozent der Bevölkerung heute mehr als 43 Prozent des Gesamtvermögens besitze. Die Initiative möchte Kapitalein-kommen wie Zinsen, Mieterträge oder Dividenden über 100 000 Franken eineinhalbmal so stark besteuern wie Lohneinkommen. Mit den Mehreinnahmen von jährlich zwischen fünf und zehn Milliarden Franken sollen die Einkommenssteuern für Personen mit tiefen und mittleren Löhnen gesenkt werden. Ebenfalls unterstützt werden können damit Leistungen der sozialen Wohlfahrt wie Familienleistungen, Bildung und Gesundheit.

#### Was zählt alles zu 2 Was zann anes zu den Kapitaleinkommen?

Beim Verkauf von Immobilien, Unternehmen oder Aktien können sogenannte Kapitalgewinne anfallen. Unter Kapitaleinkommen sind Einkommen zu verstehen, die nicht durch eine Lohnarbeit, eine selbstständige Tätigkeit oder durch Ansprüche aus Sozialversicherungen generiert wer-den. Darunter fallen zum Beispiel Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen und Kapital-

### 3 Gab es ein solches Anliegen schon einmal?

Vor zwei Jahren wurde eine Initiative für eine höhere Besteuerung von Topverdie-nern im Kanton Basel-Stadt mit 52,7 Prozent angenommen. Damit wurde die Steuerbelastung für Einzelpersonen mit Jahreseinkommen ab 200 000 Franken und Verheira-



Die Jungsozialisten fordern eine höhere Besteuerung von Zinsen und Dividenden

tete ab 400000 Franken von 26 auf 28 Pro-

#### Wer steckt hinter 4 der Initiative?

Lanciert wurde die 99-Prozent-Initiative von den Jungsozialisten (Juso). Unterstü zung erhalten sie von ihrer Mutterpartei.

#### Was sind die Argumente 5 der Befürworter?

Die Ungleichheit zwischen denjenigen, die arbeiten, und denjenigen, die besitzen, werde immer grösser, sagen die Befürworterinnen und Befürworter. So seien Kapitaleinkommen bei der Besteuerung privilegiert; Grossaktionäre müssten beispielsweise auf 60 Prozent ihres Einkommens Steuern zahlen – während alle anderen ihr samtes Einkommen versteuern müssen. Wegen dieser Steuerprivilegien fehle dem Staat Geld, weshalb zum Beispiel in der Bildung oder beim Gesundheitssystem gespart werden müsse. Die Initiative generiere jährliche Mehreinnahmen von bis zu 10 Milliarden Franken bei Bund und Kantonen. Diese Einnahmen sollen dazu verwendet werden, die lohnabhängige Bevöl-kerung zu entlasten, so die Befürworter.

#### Wer ist gegen 6 die Juso-Initiative?

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, Auch eine Mehrheit des Parlaments und der Kantone lehnt die Volksinitiative ab. Von den Parteien sprechen sich FDP, Mitte, SVP und GLP gegen die 99-Prozent-Initiative aus. Weiter auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, der Gewerbeverband, die Interessenorganisation der Familienunternehmen Swiss Fa mily Business und Digital Switzerland Ebenfalls dagegen ist der Verband Swiss Entrepreneurs & Start-up Association, der unter anderem KMU vertritt. Auch der sozialliberale Flügel der SP, die sogenannte Reformplattform, lehnt die Volksinitiative anders als ihre Mutterpartei – ab.

#### Was sind die Argumente der Gegner?

Der Bedarf nach Umverteilungen sei in der Schweiz geringer als in anderen Ländern,

Einkommensfranken aus Kapital oder Arbeit resultiere - die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sei die gleiche. Auch die Reformplattform der SP argumentiert, dass die Initiative den Mittelstand treffe. So würden Arbeitnehmende, die sich bei der Pensionierung von ihrem angesparten Alterskapital zum Beispiel 500000 Franken auszahlen liessen, dies gemäss der Initiative versteuern müssen, wie wenn es 700 000 Franken wären.

## 8 Warum sind die KMU ein Zankapfel?

Die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wird von beiden Seiten immer wieder debattiert. Die Gegner befürchten, dass vor allem den Familienunternehmen die finanziellen Mittel für Investitionen in Mitarbeitende, Forschung und Entwicklung entzogen werden könnten. Denn bei vielen Firmenbesitzern sei das Vermögen im Unternehmen gebunden. Die Initianten betonen, dass keine Unternehmen, sondern nur das reichste Prozent der steuerpflichtigen Privatpersonen betroffen wären. Dank der Rückverteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstandes steige ausserdem die Kaufkraft der Bevölkerung, wovon insbeson-dere lokal orientierte Betriebe wie Restaurants oder Coiffeursalons profitieren würden, so die Befürworterinnen und Be-

argumentiert der Bundesrat. Eine Erhö-

hung der Steuern auf Kapitaleinkommen würde zudem die Anziehungskraft der Schweiz für Vermögende mindern. Die Markteinkommen seien in der Schweiz so

gleichmässig verteilt wie in keinem ande-ren Industrieland, heisst es vonseiten der Wirtschaftsverbände. Sie argumentieren, dass hierzulande noch weniger investiert

würde, wenn Kapitaleinkommen noch stärker besteuert wären. Economiesuisse

betont, dass es keine Rolle spiele, ob ein

# 9 Welche Fragen sind noch offen?

Der Initiativ-Text lässt offen, ob mit dem Freibetrag einzig Dividenden und Zinsen oder beispielsweise auch Grundstückgewinne gemeint sind. Es soll einen noch undefinierten Freibetrag geben, bevor stärker besteuert wird. Die Initianten denken etwa an 100000 Franken.

# Geld arbeitet nicht, Menschen schon

Die steigende Vermögensungleichheit spaltet unsere Gesellschaft. Höchste Zeit die Löhne zu entlasten und die Reichsten zur Kasse zu bitten.

Im letzten Jahr habe ich rund 50 Rappen Zinsen von meiner Bank erhalten. So wie mir geht es der überwiegenden Mehrheit der Menschen in diesem Land: Pflegefachleute, Büroangestellte oder Verkäuferinnen und Versie alle müssen für ihr Einkommen arbeiten und machen keine grossen Sprünge mit Kapitaleinkommen.

Für eine kleine Minderheit sieht die Sache anders aus: Das reichste Prozent streicht jeden Monat ein Vielfaches des Durchschnittslohns ein und muss dafür keinen Finger rühren. Der Grund sind Zinsen, Dividenden und Aktiengewinne in Milliardenhöhe, die dafür sorgen, dass sich die Vermögen der Reichsten stetig selbstständig ver-

Die 99-Prozent-Initiative will die faulen Einkommen des reichsten Prozents endlich höher besteuern und das Geld an jene Menschen zurückgeben, die tatsächlich dafür gearbeitet haben. Denn Dividenden oder Aktiengewinne wachsen nicht auf den Bäumen, sondern bedeuten immer eine Schmälerung der Löhne.

Kapitaleinkommen über 100 000 Franken sol-len mit der Initiative eineinhalbmal so hoch besteuert werden wie Lohneinkommen. Die zusätzlichen 10 Milliarden Franken Steuereinnahmen sollen für eine Entlastung der tiefen und mittle-ren Einkommen verwendet werden, durch Steuersenkungen oder einen Ausbau des Service public.

Die Vermögensungleichheit in der Schweiz war in den letzten 100 Jahren noch nie so hoch wie heute. Das reichste Prozent besitzt inzwischen über 43 Prozent des Gesamtvermögens. Die 300 Reichsten konnten ihre Vermögen in den letzten 17 Jahren gar auf 707 Milliarden Franken verdoppeln. Gleichzeitig steigt die Zahl der Armutsbe-troffenen Jahr für Jahr an und auch für Menschen mit mittleren Einkommen wird die Luft wegen den steigenden Mieten und Krankenkassenprämien dünner. Auch Organisationen wie der internationale Währungsfonds, die ganz und gar nicht links stehen, schlagen deswegen Alarm und fordern höhere Steuern für die Reichsten, denn unter der krassen Vermögenskonzentration und der verbundenen Stagnation der Kaufkraft leidet zunehmend auch die Wirtschaft. Ein Ja zur 99-Prozent-Initiative ist deshalb sowohl ein Gebot der Gerechtigkeit als auch eines der ökonomischen Vernunft. Stellen wir endlich jene Menschen ins Zent-

rum, die den Wohlstand in unserer Gesellschaft erarbeiten. Ja zur 99-Prozent-Initiative.



### Ein Frontalangriff auf Arbeitsplätze

Die Gegner

befürchten.

dass vor allem

den Familien-

unternehmen

Mittel für

die finanziellen

Investitionen in

Mitarbeitende,

Forschung und

entzogen werden

Entwicklung

könnten.

Die Jungsozialisten wollen das Schaffen von Arbeitsplätzen bestrafen und den Innovationsstandort Schweiz massiv schwächen.

Von Andri Silberschmidt

Es ist wieder einmal Klassenkampfstimmung angesagt: Hier die Guten, da die Bösen. Hier die Armen, da die Reichen. Hier die Fleissigen, da die Faulen. Die Welt ist doch etwas komplexer, als uns das die plumpen Parolen der Juso vermitteln möchten.

Unbestritten: Ein Arbeiter, der Lohn bezieht. arbeitet viel und hart; auch eine Arbeiterin arbei tet viel und hart. Aber sie können nur arbeiten. wenn Maschinen zur Verfügung stehen, wenn Pa tente da sind, wenn Büros mit der nötigen Infrastruktur vorhanden sind. Und dafür wird Kapi tal benötigt.

Dieses Kapital wird heute bereits mehrfach besteuert: Mit der Vermögenssteuer, der Steuer auf Dividenden und der Gewinnsteuer. Wird man also in der Schweiz unternehmerisch aktiv und schafft Arbeitsplätze, wird heute jeder Franken zwei- bis dreimal besteuert. Mit der 99-Prozent-Initiative will die Juso das Schaffen von Arbeitsplätzen nun noch ein viertes Mal bestra-

Diese Bestrafung – die höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen – führt dazu, dass den Unternehmen wichtige finanzielle Mittel fehlen, um in die bestehenden und künftigen Arbeits-plätze zu investieren: Mit welchem Kapital sollen neue Maschinen angeschafft werden? Mit welchem Kapital sollen kostenintensive Produkte entwickelt werden? Mit welchem Kapital

soll ein Unternehmen für die Weiterbildung der Mitarbeitenden aufkommen?

In Tat und Wahrheit ist die 99-Prozent-Initiative ein Frontalangriff auf unsere Arbeitsplätze. Seit Jahrzehnten setzt die Schweiz auf ihre Innovationskraft und belegt dank ihren klugen Köpfen in internationalen Rankings regelmässig Spitzenplätze. Massgeblich dafür mitverantwortlich ist unser florierendes Start-up-Ökosystem.

Gründet man ein Start-up, bezahlt man sich oftmals einen sehr tiefen Lohn aus, um die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in die Zukunft des eigenen Start-ups zu investieren. Im Erfolgsfall honoriert man sich und die Mitarbeitenden über Aktienbeteiligungen, Hat man die Möglichkeit, seine Aktien zu verkaufen, ist das die Entschädigung für die harte Arbeit in der Vergangenheit.

Die massive Besteuerung genau solcher Aktien macht es für Jungunternehmerinnen und -unternehmer aber unattraktiv, in der Schweiz zu gründen. Das schwächt unseren Innovationsstandort massiv und ist Gift für unser Start-up-Ökosys-



Andri Silberschmidt